



Bei Erscheinen dieser Ausgabe der hlz hat die Bürgerschaft vermutlich gerade den Haushalt 2013/14 beschlossen. Es ist der erste Haushalt der SPD-Alleinregierung, der unabhängig von der Vorgängerregierung eigene Akzente für die weitere Entwicklung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen setzt. Allerdings: Bei den öffentlichen Einnahmen werden keine neuen Akzente gesetzt, d.h. steuerliche Mehreinnahmen, die von Hamburg selbst zu regeln wären, sind praktisch nicht vorgesehen, auch Maßnahmen zur Austrocknung des Steuerparadieses Hamburg für Vermögende und Unternehmen etwa durch massiven Ausbau der Steuerprüfungen wird es nicht geben.

Im Bereich der Ausgaben ist das Bild zweigeteilt: Für fragwürdige bzw. risikoreiche Investitionen (Elbphilharmonie, Hapag-Loyd, HSH-Nordbank, Hafencity) wurden und werden Haushaltsrisiken eingegangen, deren Folgen für die Stadt in den kommenden Jahren unabsehbar sind. In den Bereichen der sozialen Infrastruktur, des Wohnungsbaus, der Kultur und der Bildung wird rabiat gespart, im öffentlichen Dienst wird weiter Personal abgebaut. Hamburgs Erster Bürgermeister will sich als Musterschüler bei der Umsetzung der Schuldenbremse in Hamburg zeigen.

Das Rotstift-Bündnis von Trägern der offenen Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialverbände, verdi, der GEW, attac und ASTA hat in einer Demonstration am

23. November deutlich gemacht, wohin diese rigide Sparpolitik führt.

Die massiven Raumprobleme an Hamburgs Schulen mit fehlenden Pausen, Kantinen- und Küchenräumen beim Umbau auf den Ganztagsbetrieb sollen durch Schulbau Hamburg so „gelöst“ werden, dass Fläche pro Schüler reduziert wird, die dann vermietet oder verkauft werden kann. Statt am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung eine Fortbildungsoffensive zu starten, um die Umsetzung der Inklusion und des Ganztagsbetriebs an Hamburgs Schulen professionell zu begleiten, werden bis 2014 zunächst 22 Stellen eingespart, um die behördliche Sparquote zu erbringen.

Die Berufsschulreform – in großen Teilen ebenso wie Ganztagschule und Inklusion von der GEW als richtige pädagogische Maßnahmen unterstützt – ist bisher nur ein guter Plan und hat noch nicht zu einer Verbesserung der Ausbildungschancen der Jugendlichen geführt. Immerhin kommt der Bildungssenator selbst zu der Erkenntnis, dass

Klaus Bullan

Wer bremst die Schuldenbremser?

aufgrund der erhobenen Daten zum Schulabgängerjahrgang der 9. und 10. Klassen in diesem Jahr deutlich ist, dass nur ein Viertel der Jugendlichen einen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz erhalten hat, mithin die Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg bei 37,5% liegt. (So der Senator auf einer KMK-Tagung am 28.11. 2012 in Hamburg). Auch hier läge also ein hoher Investitionsbedarf. Die

Zukunft der Stadtteilschulen ist nicht nur dadurch gefährdet, dass sie die Inklusion fast allein im Sekundarbereich schultern müssen, dafür aber viel zu schlecht ausgestattet sind, sondern auch dadurch, dass sie als Lückenbüßer für die durch das Turbo-Abitur an den Gymnasien durch den Rost fallenden SchülerInnen erhalten müssen. In ihrer Not richten viele Stadtteilschulen reine Rückläuferklassen aus den Gymnasien nach Klassen 6 ein und nun beschließt die Bürgerschaft auch noch auf Antrag der FDP, dass GymnasiastInnen nach Klasse 10 in die 11. Klasse der Stadtteilschule wechseln können, was angesichts der Verdichtung des Unterrichts einem Sitzenbleiben durch die Hintertür gleicht. Statt also dafür zu werben, dass die Eltern, die zu Recht Bedenken gegen das Turbo-Abitur haben, ihr Kind auf der Stadtteilschule anmelden, wird das Signal gegeben: Versucht es erst mal auf dem Gymnasium, wenn das nicht klappt, könnt ihr immer noch die Oberstufe an der Stadtteilschule in drei Jahren machen. So wird die Stadtteilschule nicht gestärkt!

Dass es an allen Ecken und Enden fehlt, zeigt auch die Tatsache, dass immer mehr Mittel aus dem Vertretungs- und Organisationsmitteltopf (VORM) für regulären Unterricht verwendet werden – durchgeführt von Lehramtstudenten oder Lehrkräften, die keine feste Stelle erhalten und die zu geringen Stundensätzen und ohne Bezahlung in den Ferien arbeiten müssen.